

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 24. November 2015

Planlose Zuwanderung kostet dauerhaft 17 Mrd. Euro pro Jahr

Flüchtlingszustrom nach Deutschland verursacht langfristig fiskalische Kosten in Höhe von mindestens 900 Mrd. Euro. Diese Belastung zeigt die Notwendigkeit, Zuwanderung stärker zu steuern.

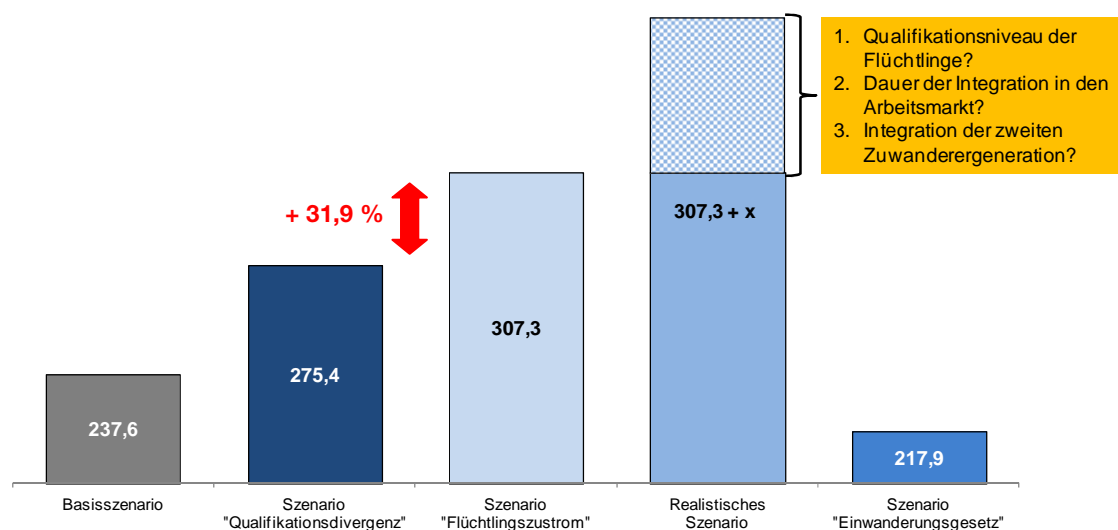
Aus aktuellem Anlass hat die Stiftung Marktwirtschaft in Zusammenarbeit mit dem Forschungszentrum Generationenverträge die langfristigen fiskalischen Kosten der Flüchtlingsaufnahme berechnet. Die Geschwindigkeit der Integration in den Arbeitsmarkt entscheidet über die Höhe der fiskalischen Kosten. Selbst bei einer Integration der Zuwanderer in den deutschen Arbeitsmarkt innerhalb von 6 Jahren belaufen sich die Zusatzkosten langfristig auf 900 Mrd. Euro. Sollte die Qualifizierung und Integration hingegen mehr Zeit benötigen, fallen die Kosten noch deutlich höher aus. Eine durch Integrations- und Qualifikationskriterien gesteuerte Zuwanderung könnte sich hingegen positiv auf die öffentlichen Haushalte auswirken.

Selbst im günstigsten Fall einer schnellen Integration in den Arbeitsmarkt, werden sich **dauerhaft jährliche fiskalische Lasten für die deutschen Steuerzahler in Höhe von 17 Mrd. Euro** ergeben. Zur Finanzierung müssten die Ausgaben dauerhaft um 1 Prozent gesenkt oder aber Steuern und Abgaben um 1,5 Prozent erhöht werden. Dies korrespondiert mit einer Erhöhung der Nachhaltigkeitslücke um 31,9 Prozent des BIP vom Szenario „Qualifikationsdivergenz“ zum Szenario „Flüchtlingszustrom“.

Nur gesteuerte Zuwanderung verspricht eine fiskalische Dividende

Nachhaltigkeitslücke

in Prozent des BIP (BIP 2013: 2.820 Mrd.Euro), Basisjahr 2013, g = 1,5%, r = 3,0%.



Quelle. Forschungszentrum Generationenverträge.

Bei den aktuellen Berechnungen auf Basis der Generationenbilanz für Deutschland von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, wird unterstellt, dass bis zum Jahr 2018 insgesamt 2 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kommen und eine Integration in den Arbeitsmarkt innerhalb eines Zeitraums von 6 Jahren gelingt. Scheitert die Integration hingegen dauerhaft, drohen noch deutlich höhere Kosten.

Deutschland muss in der Zuwanderungspolitik daher dringend umsteuern, fordert Raffelhüschen. „Die Lösung könnte ein **Einwanderungsgesetz sein**, mit dessen Hilfe die **Zuwanderung nach Deutschland besser gesteuert** und stärker an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ausgerichtet werden kann“, so Raffelhüschen. „Qualifizierte Zuwanderer, die schnell auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft integriert sind, könnten sogar dazu beitragen, die fiskalischen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu lösen.“ Schneidet die Integration jedoch schlechter als bei den bisherigen Zuwanderer(generatione)n ab, „hätte dies fatale Folgen für den Haushalt“, warnt Raffelhüschen.

Den Szenarien liegen die folgenden Annahmen zugrunde:

Szenarien	Wanderungssaldo	Fiskalische Unterschiede zwischen der deutschen und der ausländischen Bevölkerung	Integration der Zuwanderer in den Arbeitsmarkt	Integration der zweiten Zuwanderergeneration
Basisszenario	Standardszenario 2014: 500.000 Personen 2015: 500.000 Personen 2016: 400.000 Personen 2017: 350.000 Personen 2018: 300.000 Personen 2019: 250.000 Personen 2020: 200.000 Personen ab 2021: 150.000 Personen	keine	sofort	Zweite Zuwanderergeneration entspricht fiskalisch dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung
„Qualifikationsdivergenz“	Standardszenario (siehe Status quo)	berücksichtigt	Für die Zuwanderer wurde eine durchschnittliche Dauer von 6 Jahren bis zur Integration in den Arbeitsmarkt unterstellt. Nach dieser Integration entsprechen sie fiskalisch dem Durchschnitt der in Deutschland lebenden ausländischen Bevölkerung	Zweite Zuwanderergeneration entspricht fiskalisch dem Durchschnitt der deutschen Bevölkerung
„Flüchtlingszustrom“ (2015-2018)	Standardszenario + 800.000 Flüchtlinge in 2015 + 600.000 Flüchtlinge in 2016 + 400.000 Flüchtlinge in 2017 + 200.000 Flüchtlinge in 2018	berücksichtigt	siehe Szenario „Qualifikationsdivergenz“	siehe Szenario „Qualifikationsdivergenz“
Realistisches Szenario	Szenario „Flüchtlingszustrom“	?	?	?
„Einwanderungsgesetz“	Standardszenario (siehe Status quo)	berücksichtigt	Zuwanderer sind sofort in den Arbeitsmarkt integriert und Zuwanderer entsprechen fiskalisch der deutschen Bevölkerung	siehe Szenario „Qualifikationsdivergenz“

Ansprechpartnerin

Dr. Susanna Hübner
Leitung Kommunikation, Medien und Ordnungspolitik

Tel. (030) 20 60 57 33
Fax (030) 20 60 57 57

huebner@stiftung-marktwirtschaft.de
www.stiftung-marktwirtschaft.de
www.markt-ruf.de

Mehr Informationen zum Thema und zur Methodik: www.ehrbarer-staat.de